

13. SEP. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/173

Bonn, den 9. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3	Es geht nicht um Personen - es geht um die Sache	158

Von Waldemar von Kroorlingen
Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft

4 - 6	Mißbrauch von Steuermitteln	146
-------	-----------------------------	-----

Unerlaubte Partei- und Personenwerbung Erhards

Von H.G. Ritzel, MdB,
Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

7 - 9	Fritz Erler reist durch Deutschland	102
-------	-------------------------------------	-----

Im Wahlkampf unterwegs von Passau bis Kiel

Von Wolfgang Jensen

9	Hamburg hilft Passau	34
---	----------------------	----

180 000 DM an Hochwasserspender kamen von Hamburg
Solidarität - kein leeres Wort

***** ZUR BEACHTUNG *****
Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Ausgabe vom Freitag, dem 10. September 1965, einen Artikel des Vorsitzenden des Bundesausschusses der GdP/BHE,
FRANK SEIBTCH
Wahlbündnis mit der SPD- eine politische Notwendigkeit

9. September 1965

Es geht nicht um Personen - es geht um die Sache

Von Waldemar von Knoeringen
Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft

Der Wahlkampf ist im Regierungslager zur Auseinandersetzung zwischen Personen geworden. Ihre Intrigen machen die Stimme des Wählers zur Spielmarke wilder Koalitionsspekulationen, noch ehe sie überhaupt abgegeben wurde. Auch das erbärmliche Schauspiel einer in sich zerstrittenen, hilf- und richtungslosen Regierungskoalition darf uns nicht vergessen lassen, daß es bei dieser Wahl nicht um Personen, sondern um die Sache geht.

Ich klage an!

Am 19. September entscheidet sich mehr als nur die Wahl eines neuen Parlaments und die Ablösung einer verbrauchten Bundesregierung. Der 19. September wird zeigen, ob unsere Bürger bereit sind, ihre Zukunft in die Hand zu nehmen. Diese Zukunft ist nicht halb so bequem, wie sie Professor Erhard zu sehen meint. Wir werden sie auch nicht in dem Zuckeltrab einholen, den sein störrisches Koalitionsgespann fortzusetzen verspricht. Am allerwenigsten werden wir ihr gerecht, wenn wir uns durch seine Wohlstandsparolen in trügerischer Sicherheit wiegen lassen. Unser Wohlstand hat ein morsches Fundament und wir werden das, was wir heute haben, für morgen nur mit großen Anstrengungen und nur mit einer Regierung sichern können, die diesen Anstrengungen Ziel und Weg weisen kann.

- * Regieren heißt: Vorsorge für die Zukunft treffen. Ich klage
- * Ludwig Erhard und seine Koalition an, die Zukunft unseres
- * Volkes leichtfertig aufs Spiel gesetzt zu haben.

Vorsorge für die Zukunft - das ist die Sorge einer politischen Führung um die Leistungen für Wissenschaft und Forschung, die in den Instituten und Laboratorien den Weg nach vorn sucht. Die Repräsentanten der deutschen Wissenschaft bezeichnen Parlamentsmehrheit und Regierung verantwortungsloser Kurzsichtigkeit. Ihnen können alle großen Worte derjenigen Abgeordneter nichts nützen, die sich selbst in nationalistischer Abstinenz nicht schämen, die Mittel zum Ausbau der Hochschulen zu kürzen. Verantwortungslose Kurzsichtigkeit bringt unsere Forschungsinstitute in Finanznot und zwingt hochqualifizierte Wissenschaftler, in deren Ausbildung wir viel Geld investiert haben, zur Suche nach Arbeitsplätzen im Ausland. Ihnen vermag weder die CDU/CSU noch die FDP begrifflich zu machen, warum die Auffüllung der Parteikassen wichtiger war.

Bankrott einer kurzsichtigen Regierung

Man sage nicht: Dieser Vorgang ist nur ein Einzelfall, er ist ein Symptom. Im ganzen Bundeshaushalt gibt es wohl keinen Ausgabeposten, der sich höher verzinst, als die Investitionen in Wissenschaft und Forschung. Ihre Kürzung ist keine Sparmaßnahme sondern die leichtfertigste Verschwendung unseres wertvollsten Kapitals. Ein Unternehmer, der sich vom Betriebesgewinn schöne Tage macht, ohne an die Modernisierung seiner Ausrüstung zu denken, wird von der Konkurrenz

bald aus den Markt geworfen und bezahlt mit seinem Vermögen für die Folgen des Bankrotts.

- * Der Bankrott einer kurzsichtigen Regierung wird mit den Zukunftschancen eines ganzen Volkes bezahlt. Unser Wohlstand ist keineswegs so gefestigt, daß wir uns noch länger den Luxus einer Regierung leisten könnten, die uns seit Jahren von der Substanz leben läßt.

Vorsorge für die Zukunft - das müßte die Sorge einer politischen Führung um die Bildung und Ausbildung unserer Jugend sein, die im Konkurrenzkampf von morgen bestehen muß.

Die ganze Welt liegt im harten Wettkampf um die bessere geistige Rüstung; wer zurückbleibt, scheidet aus. Unser Bildungswesen ist veraltet, bornierte Selbstzufriedenheit und einsichtsloser Dogmatismus gefährden die Lebenschancen der kommenden Generationen. Wir haben einen Kanzler, der über diejenigen witzelt, die vor den Gefahren unserer Rückständigkeit warnen. Wir haben eine Regierung, die seit Jahren vor der Aufgabe versagt, das Recht der Berufsausbildung aus dem Zeitalter der Handwerksromantik in die Bedingungen der industriellen Arbeitswelt zu überführen. Und wir werden von Politikern regiert, die aus dem Widerstand der Kurzsichtigen und Trägen gegen notwendige Entwicklungen noch politisches Kapital schlagen.

Rufer in der Wüste

Gewiß gibt es auch in den Unionsparteien Männer, die unsere Situation begreifen. Aber was vermögen die Professoren Mikat und Hahn in einer Partei, deren Kanzlerkandidat Bildung als ein Ornament des Wohlstandes und nicht als seine Voraussetzung betrachtet? Was kann der bayerische Kultusminister gegen einen Ministerpräsidenten aussprechen, der noch vor wenigen Wochen die Eltern aufforderte, für ihre Kinder "auf die Ausbildung in acht Klassen zu verzichten, wenn sie die Konfessionsschule halten können"?

Nein, es geht nicht nur um die Personen, es geht zu allererst um bessere Maßstäbe für die Führung unseres Gemeinwesens. Wir stehen vor schwierigen Aufgaben, die uns auch Opfer abverlangt werden. Ich halte die Masse unserer Bürger für einsichtsvoller, als es die Propagandaexperten wahrhaben wollen und ich spreche einer Regierung den Führungsanspruch ab, die ihren Wählern ängstlich verbürgt, daß man für die Zukunft nicht sorgen kann, ohne heute dafür zu bezahlen.

Vorsorge für die Zukunft ist auch Verantwortung einer politischen Führung für die Anpassung unserer Lebensbedingungen an die Bedürfnisse des Menschen in unserer Zeit. Wir brauchen neue Schulen, moderne Krankenhäuser und leistungsfähige Verkehrswege.

Gemeinden und Länder wurden im Stich gelassen

Ich klage Ludwig Erhard und seine Regierung an, unsere Länder und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Stich gelassen zu haben. Ihre Finanznot verurteilt die Politik einer Koalition, die ihre Wahlgeschenke aus Sordens Taschen bezahlt. Wenn es einen Wettbewerb um die dünneste und zugleich unredlichste Wahlparole gäbe, dann müßte der Preis diesen Kanzler zugestanden werden, der aus der Verschuldung sozialdemokratisch regierter Länder und Gemeinden ein Argument gegen sozialdemokratische Politik zu schmieden sucht. Diese Parole schlägt

wie ein Bumerang auf eine Regierung zurück, die sich für das, was ein Gemeinwesen seinen Bürgern schuldig ist, nicht verantwortlich fühlt. Dort, wo die Politik den Bürger unmittelbar berührt, wo man sein Vertrauen nicht mit Redensarten sondern nur mit Leistungen erringen kann, stehen Sozialdemokraten in der Verantwortung.

- * Es ist schwer, sich gegen den ungeheuerlichen Verdacht zu wehren,
- * daß diese Regierungskoalition gerade deshalb die Gemeinden so
- * stiefmütterlich behandelte. Das aber wäre nicht mehr kurzzeitig,
- * sondern verbrecherisch und darf deshalb auch dem politischen
- * Gegner nicht unterstellt werden.

Es ist an der Zeit, eine Regierung abzulösen, die an der Aufgabe scheiterte, gemeinsam mit den Ländern und Gemeinden für das Wohl des Ganzen zu sorgen. Auch dies ist weniger eine Frage der Personen als eine Angelegenheit des politischen Stils. Wer zu dekretieren versucht, wo nur Verständigung Erfolg haben kann, beweist nicht seine Stärke, sondern die Unfähigkeit zur politischen Führung.

Bundesregierung lebt von der Hand in den Mund

Am Ende der Periode Erhard klagen der Verfall unserer Kaufkraft und ein ruiniertes Kapitalmarkt gegen das konzeptionslose Nebeneinander wirtschaften unserer öffentlichen Haushalte. Im Bund wie in den Ländern und Gemeinden müssen wir für die Versäumnisse der Vergangenheit bezahlen. Natürlich kann nicht alles auf einmal und mit der gleichen Intensität nachgeholt werden. Man kann und muß sich über Rangfolgen und Dringlichkeiten auseinandersetzen. Aber zwei Dinge stehen außer jeder Diskussion: Erstens geht es ohne irgendeine Art von Koordination in den finanziellen Planungen unserer öffentlichen Haushalte ebenso wenig weiter, wie mit einem Bundeskanzler, der es fertig bringt, das Verlegenheitssystem des Von-der-Hand-in-den-Mund-Lebens zu seiner persönlichen Ideologie zu erheben. Zweitens müssen wir uns daran gewöhnen, daß die gemeinsame Planung unserer öffentlichen Aufgaben einer Verständigung über die Prioritäten folgen muß, die sich ausschließlich an der Bedeutung der jeweiligen Aufgabe für das Gedeihen des Ganzen orientiert. Dies setzt freilich voraus, daß wir endlich eine Regierung bekommen, die den Sinn unserer bundesstaatlichen Ordnung nicht im Gegeneinander sondern im Miteinander aller drei Ebenen sieht. Unser Föderalismus krankt nicht an einer unzulänglichen Verfassung, sondern an der Bereitschaft, seine Spielregeln ernst zu nehmen.

Es geht um eine neue Politik

Es geht am 19. September um den Beginn einer neuen Politik. Ludwig Erhard hat die Regierungsgeschäfte schlecht verwaltet aber nicht geführt - weil er weder eine Vorstellung von unserer Zukunft noch ein Programm für ihre Aufgaben noch die Energie für deren Bewältigung hat. Wir können uns gewiß nicht länger den Luxus eines Kanzlers leisten, vor dessen Hilflosigkeit unsere Zukunft als Wunschtraum und nicht als eine Mahnung zum Handeln steht. Aber war dieser selbstgefällige Mann nicht am Ende nur das sichtbare Symbol unserer eigenen Bequemlichkeit, die Verkörperung der gefährlichen Illusion, daß uns unsere Zukunft nichts zu kosten brauche? Zwischen dieser Illusion und dem Willen zur Politik wählt unser Volk am 19. September. Denn: Politik ist Vorsorge für die Zukunft.

Mißbrauch von Steuermitteln

Unerlaubte Partei- und Personenwerbung Erhards

Von H.G. Ritzel, MdB,

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Verwendung von Millionenn Mitteln aus dem Bundeshaushalt für die offene Werbung zugunsten des Spitzenkandidaten der CDU, des noch amtierenden Bundeskanzlers Ludwig Erhard, in 974 Einzelanzeigen, die in etwa 500 Tages- und Wochenzeitungen der Bundesrepublik Deutschland erschienen sind, stellt eine eklatante Verletzung des Haushaltsrechts des Bundes dar. Die Anzeigen behandeln die "soziale" Marktwirtschaft, den "Wohlstand für alle", Versprechungen für die Zukunft, den Glauben an eine weitere Aufwärtsentwicklung, an ein nicht vorhandenes nebuloses "Deutsches Gemeinschaftswerk" und eine Politik mit "Zauberformeln". Die Anzeigen münden jedesmal in eine massive Werbung für den noch amtierenden Bundeskanzler. Die Kosten von ca. 2 Millionen DM werden nach Angaben des Staatssekretärs von H a s e im Bundespresse- und Informationsamt aus Titel 314 des Einzelplans 04/03 entnommen. Der dort vorgesehene Betrag von 5 Millionen DM ist zur Aufklärung und Unterrichtung der Bevölkerung auf den Gebieten der Sozialinvestitionen bestimmt, insbesondere der Vermögensbildung, der Forschung und Bildung, des Familienlastenausgleichs und des Wohnungswesens, "um diesen Schwerpunkten der Regierungspolitik größtmögliche Resonanz zu verschaffen".

Verletzung des Haushaltsrechts

Eine kritische Prüfung ergibt, daß politische Zwecke mit Haushaltsmitteln zugunsten einer Partei und zu Lasten der Steuerzahler, die in allen Parteien beheimatet sind, verfolgt werden. Das ist unzulässig, findet im Haushaltsrecht keine Deckung, widerspricht den von der Bundesregierung selbst aufgestellten Grundsätzen sparsamer Wirtschaftsführung und verletzt die Zweckbestimmung des mißbrauchten Titels. Dem noch amtierenden Bundeskanzler, seinen Ratgebern und Schreibern und dem Staatssekretär als Verteidiger dieser unzulässigen Handlung, ist entgegen, daß der Tatbestand des Begriffs "Sozialinvestitionen" die Erfüllung anderer Voraussetzungen verlangt. Das Bundesfinanzministerium der heutigen Regierung Erhard hat vor kurzen eine Definition des Begriffs "Sozialinvestitionen" gegeben. Ich zitiere aus dem BULLETTIN Nr. 135 vom 6. 8. 1965:

"Der terminus technicus "Sozialinvestitionen" ist erst in jüngster Zeit in den Sprachgebrauch eingegangen. In der folgenden Darstellung werden darunter diejenigen Investitionen verstanden, die sich auf Einrichtungen zur Verbesserung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung im weitesten Sinne beziehen, die aber nicht unmittelbar die Produktivität der Gesamtwirtschaft erhöhen. Abgeleitet ist diese Definition von dem Begriff der "Sozialkosten". Man versteht darunter Kosten, die im Gefolge der Güterproduktion entstehen, aber nicht von dem Unternehmen oder denjenigen, denen die Güter zugute kommen, sondern meist von der Allgemeinheit getragen werden. Wie die "Sozialkosten" sind auch die "Sozialinvestitionen" noch nicht

eindeutig definiert und gegenüber anderen Investitionsarten genügend abgegrenzt. So werden oft alle öffentlichen Sachinvestitionen als "Sozialinvestitionen" zusammengefaßt. - Nach der hier verwendeten Begriffsbestimmung der "Sozialinvestitionen" sind typische Beispiele im Wohnungsbau, für Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Sozialhilfe, für Park- und Gartenanlagen, Sportplätze, Spielplätze, Jugendherbergen und für andere Gemeinschaftsräume für die Jugend. Auch die Investitionen im Bereich des Unterrichts- und Hochschulwesens fallen darunter. Diese Aufwendungen sollten nicht nur unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen "Outputs", wie das so häufig in letzter Zeit geschieht, sondern auch unter ihrem Eigenwert gesehen werden. Schließlich ist der größte Teil der gemeindlichen Anstalten und Einrichtungen einzuschließen (z.B. Stadtentwässerung, Müllbeseitigung und -verwertung, Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung, Bestattungswesen). Ein neuer Bedarf ist insbesondere in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Abwasserbeseitigung, Reinhaltung der Luft usw. entstanden. - Träger der Sozialinvestitionen in dem oben definierten Sinne sind die Gebietskörperschaften und Private. Im Wohnungsbau wird ein Großteil der Aufwendungen für Sozialinvestitionen von Privaten mitgetragen. Im Bereich der übrigen Sozialinvestitionen steht der Hauptteil der Gebietskörperschaften als Aufgabe zu."

Größliche Verletzung der Zweckbestimmung

Das Bundesfinanzministerium nennt dann neben dem Wohnungsbau als Sozialinvestitionen der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) folgende:

"Stadtentwässerung, Park-, und Gartenanlagen, Straßenbeleuchtung und sonstige gemeindliche Einrichtungen, Schulwesen, Hochschulen, Hochschulkliniken und sonstige Wissenschafts- und Kulturförderung (ohne Atomforschung und staatliche Institute), Gesundheitswesen und Jugendpflege (ohne Hochschulkliniken), Fürsorge und Jugendhilfe."

In den sechs Großinseraten des amtierenden Bundeskanzlers, Prof. Erhard ist davon kaum die Rede. Dagegen wird gesprochen von unklaren und nach wie vor noch ungeklärten Begriffen der "Formierten Gesellschaft" und des "Deutschen Gemeinschaftswerkes". Diese Erwähnungen stellen weder einen Bericht über Handlungen der Bundesregierung, noch eine Information über Sozialinvestitionen dar. Über sie gibt es keinen Beschluß der Bundesregierung, keinen Beschluß des Deutschen Bundestages und seines Haushaltsausschusses, es gibt nur persönliche Vorstellungen des derzeit noch amtierenden Bundeskanzlers, der diese Vorstellungen auf andere Weise, aber nicht durch den Mißbrauch von Steuermitteln propagieren dürfte. Selbst der gewählte Zeitpunkt - kurz vor der Bundestagswahl - zeigt, daß es sich um politische Propaganda handelt, für die unter keinen Umständen Steuermittel verwendet werden dürfen. Die Zweckbestimmung des Titels 314 des Etats des Bundespresse- und Informationsamtes wird größlich verletzt.

Eine gewissenhafte Prüfung des Haushaltsgesetzes zeigt, daß es an keiner Stelle eine Handhabe für die ungreifliche Maßnahme des Bundeskanzlers, Prof. Erhard gibt. Wenn es dem Bundeskanzler ernst gewesen wäre mit der ihm auferlegten gewissenhaften Beachtung der bestehenden Vorschriften, dann hätte er mindestens den Haushaltsausschuß konsultieren müssen. Zeit dazu war vorhanden. Auch das ist nicht geschehen. Wahrscheinlich wollte er sich nicht der Gefahr aussetzen, daß ihm dort bedeutet worden wäre, daß das Haushaltsrecht keine rechtlichen Möglichkeiten kennt, unter Verwendung öffentlicher Mittel eine personale Werbung durchzuführen. Die Verwechslung von personaler Werbung eines Bundestagskandidaten mit einer durch Haushaltsgesetz gedeckten Information des Staats-

Bürgers ist unzulässig. Wenn sich Staatssekretär von Hase auf die Aufgabe des Presse- und Informationsamtes beruft, dann standen dem Staatssekretär hierfür die Spalten des BULLETIN zur Verfügung. Ebenso die mögliche Verbreitung von Zeitungsartikeln. Bezahlte Inserate dieser Art durfte der Staatssekretär nicht verantworten. Er mußte sich klar darüber sein, daß es sich um Wahlpropaganda handelt, für die Steuermittel nicht verwendet werden dürfen. Die letzte Verantwortung aber trifft den derzeitigen Bundeskanzler, dem das Presse- und Informationsamt untersteht und dessen Haushalt in den Haushalt des Bundeskanzlers eingegliedert ist. - Diese Verantwortung ist politisch-parlamentarischer und im gegebenen Fall auch vermögensrechtlicher Natur.

Die SPD hat der Aufnahme des 5 Millionen-Titels widersprochen. Sie ließ sich dabei von der auf Haushaltsrecht beruhenden Auffassung leiten, daß in den Haushaltsplan nur solche Ausgaben aufgenommen werden dürfen, die für die Aufrechterhaltung der Verwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben und der rechtlichen Verpflichtungen des Bundes notwendig sind.

Verletzung der Grundsätze der Sparsamkeit

Der noch amtierende Bundeskanzler hat oft von Maßhalten gesprochen. Man dürfte von ihm erwarten, daß er eine Politik des Maßhaltens und der Sparsamkeit vorleben würde. Das Gegenteil ist geschehen. Am 8. Januar 1952 faßte die Bundesregierung einen Kabinettsbeschluß betreffend die Einsetzung eines Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard hat hierbei mitgewirkt. Absatz 1 dieses Kabinettsbeschlusses lautet: "Die Finanzlage des Bundes macht die größte Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in der gesamten Verwaltung, d.h. die Erreichung des höchsten Wirkungsgrades erforderlich." - Und § 26 Abs. 1 der BHO lautet: "Die Haushaltsmittel sind wirtschaftlich und sparsam zu verwalten; sie dürfen bei den einzelnen Zweckbestimmungen nur soweit und nicht eher in Anspruch genommen werden, als es zur wirtschaftlichen und sparsamen Führung der Reichsverwaltung erforderlich ist."

Erhard muß Rechenschaft ablegen

War sich Professor Erhard wirklich nicht im Klaren darüber, daß es unzulässig ist, Steuermittel zweckentfremdet für eine personale Werbung zu verwenden, die in der Regel in der Aufforderung gipfelte, ihm zu folgen oder zu vertrauen? Die Bürger unseres Staates zahlen Steuern, damit der Staat seine Verpflichtungen erfüllt und ordentlich verwaltet wird, nicht aber für den von Professor Erhard beliebigen Zweck.

Der 5. Deutsche Bundestag wird sich mit dem Mißbrauch von Steuermitteln und mit der Verletzung des Haushaltsrechts befassen müssen. Auch der Bundesrechnungshof wird gehalten sein, dem Vorgang seine Aufmerksamkeit zu widmen. § 4 des Bundesrechnungshofs-Gesetzes vom 27. November 1950 bestimmt, daß der Bundesrechnungshof die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung der Bundesorgane und Bundesverwaltungen überwacht. Er hat in besonderen auch die Einhaltung der Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitsgrundsätze zu sichern. Die Bundesregierung ist ebenfalls auf die Einhaltung der Grundsätze der Sparsamkeit verpflichtet. Auch unter dieser Betrachtung bleibt der ganze Vorgang ebenso erstaunlich wie bedauerlich.

Fritz Erler reist durch Deutschland

Im Wahlkampf unterwegs von Passau bis Kiel

Von Wolfgang Jansen

Die Reisekarte ist von roten Strichen durchzogen. Sie reichen von Lörrech, Traunstein und Passau bis Hamburg, Lübeck und Kiel. Über das ganze Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verstreut liegen die 103 Orte, die Fritz Erler im Bundestagswahlkampf besucht, zu Kundgebungen und Besichtigungen, Informationsgesprächen und Pressekonferenzen.

Er reist mit kleinstem Stab, der in einem einzigen, allerdings geräumiger Auto Platz hat, Fahrzeug und Miniatur-Büro zugleich. Das Autotelefon wird zum unentbehrlichen Requisite. Größere Strecken werden mit der Bundesbahn oder im Flugzeug zurückgelegt.

Fast immer sind die Säle überfüllt. Wie in den meisten Versammlungen dieses Wahlkampfes ist die Zahl der jungen Versammlungsbesucher außergewöhnlich groß. Fritz Erler erklärt das damit, daß in zunehmendem Maße Ehren in jungen Jahren geschlossen werden. Mit dem Gedanken an die Eheschließung aber beginnt das Denken für die Zukunft, das Interesse an der Gemeinschaft.

... um zu hören und zu wägen

Der Anteil der offensichtlich schon auf die SED festgelegten Versammlungsbesucher beträgt etwa ein Drittel. Die überwiegende Mehrzahl ist gekommen, um zu hören und zu wägen. Und genau darauf hat Fritz Erler seine Reden abgestellt. Mit einem Mindestmaß an Polemik und einer Fülle sachlicher Feststellungen.

Wie immer spricht er frei. Oft bleiben sogar die Stichworte in der Tasche. Keine Rede gleicht der anderen. In stimmungsvollen Stadthallen trägt er seine Gedanken fast im Plauderton vor; auf den Marktplätzen hämmert er seine Thesen in kurzen Stakkato heraus. Im überfüllten Gasthauseaal feilt er sorgfältig an jeder Pointe.

Am Inhalt ändert sich freilich nicht viel: Er macht klar, daß das Wohl des Einzelnen wie das des Staates oder der Wirtschaft abhängt von den Leistungen der Gemeinschaft. Zwei Drittel der Redezeit widmet er den Gemeinschaftsaufgaben: Bildung und Ausbildung, Gesundheit, Raumordnung mit Ausblicken auf Wohnungsbau und Verkehr, schließlich die Volksversicherung. Bei der Finanzpolitik setzt er die ersten Angriffe auf den Bundeskanzler: "Erhard tut so, als sei er Oppositionsführer und wolle auch mal ran", sagt er zu den Kanzlerreden über den ausgabefreudigen Bundestag. "Wir brauchen keinen Kanzler, der hinterher schimpft, sondern einen, der vorher handelt und im Bundestag oder in seiner Fraktion der Mund aufmacht."

Solidarität mit den Verbündeten

Er geißelt das immer galoppierender werdende Tempo der Preissteigerungen und kommt dann auf sein eigenes Arbeitsgebiet die Außenpolitik zu sprechen. Schutz der Freiheit, Wahrung des Friedens und Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts für das ganze deutsche Volk mit friedlichen Mitteln nennt er als Hauptziele. Zu ihrer Verwirklichung bedarf es der Solidarität mit den Verbündeten, die nicht zu erreichen ist ohne die Solidarität der Deutschen untereinander in diesen Fragen. Solange die Spaltung dauere, müssten die menschlichen Härten der Tren-

nung gelindert werden. Die millionenfache Begegnung von Menschen aus allen Teilen Deutschlands während der Passierschein-Besuchszeiträume in Ostberlin habe nicht nur ein menschliches Anliegen erfüllt, sondern auch gezeigt, daß die Deutschen ein Volk sind und ein Volk bleiben wollen.

Schließlich einige Bemerkungen zum Wahlkampfverlauf. Anders als Adenauer, der bekenntlich den Namen Erhard nicht in den Mund nimmt, würdigt Fritz Erler ausführlich Persönlichkeit und Leistungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt. "Wer dort, wo deutsche Politik am gefährlichsten und unmittelbarsten ist, Verantwortung trägt wie Willy Brandt in Berlin, der ist auch zu größeren Leistungen für unser Volk fähig." Dieser Satz kehrt auch in der kürzesten Ansprache immer wieder.

"Blindschleichen pfeifen nicht"

"Es sind 60 bis 70 Mann von der Jungen Union in Saal", meldet im bayerischen Ebersberg aufgeregt der Parteigeschäftsführer. Erler bleibt gelassen. - "Haben die etwa sogar mitgeklatst?" erkundigt er sich hinterher, als die Kundgebung ohne Zwischenfälle beendet ist. Störungen sind überhaupt selten und wenn es dazu kommt, pariert Erler geschickt. "Gleich ist wieder der Chor dran" sagt er in Hadamar, wo sich eine Gruppe im Johlen nach Kommando übt. Nach der Ankündigung bleibt der Chor aus. "Wann, sind Sie schon keiser?" Gejohle. "Aha", sagt Erler befriedigt, "ich wußte doch, daß es noch geht." - Als Fritz Erler in Offenburg ausführte, er werde nicht schimpfen und den zoologischen Garten dem noch amtierenden Bundeskanzler überlassen, versuchten es zwei Zuhörer mit Pfiffen. Erler: "Wenn ich der Bundeskanzler wäre, würde ich sagen: Blindschleichen pfeifen nicht."

"Und da sagt man noch, der Erler sei humorlos", wundert sich der SED-Ortsvorsitzende auf dem Marktplatz in Peine. Erler würzt seinen Vortrag mit witzigen Seitenhieben: Erhard will nicht mit Brandt im Fernsehen diskutieren? "Es sollte doch gar nicht über Literatur gesprochen werden!" Erhard meint, die SPD wolle im Beiwagen der CDU an die Macht? "Dieses altersechwache CDU-Motorrad mit der CSU auf dem Sozius und der FDP im Beiwagen bringen sie doch nicht einmal mehr auf dem Gebrauchtfahrzeugmarkt an den Mann." Die Freien Demokraten, das sind "die kleinen im Beiboot, die meinen, sie könnten den Ozeandampfer abschleppen" oder "der Schwanz, der mit dem Hund wedeln will."

Jede Stunde ausgefüllt

Zwischen den Kundgebungen: Pressekonferenzen, Informationsgespräche mit Vertretern der örtlichen Wirtschaft, die immer wieder durch sein immenses Wissen selbst über abseitigste Gebiete verblüfft werden. Selbst beim Mittag- und Abendessen sind solche Kontakte arrangiert. Dann geht es weiter wie die wilde Jagd zum nächsten Ort, auf einen Marktplatz oder in einen Saal, der wegen Überfüllung polizeilich geschlossen ist.

Häufig muß vorher ein Besuch im Rathaus eingelegt werden, wo der Bürgermeister den Gast mit einem kleinen Präsent bedenkt und um die Eintragung ins Ehrenbuch der Stadt bittet; und nicht selten gehört der Bürgermeister der anderen großen Partei an. Einer von ihnen, Mitglied der CSU, findet das schöne Wort: "Rathäuser sollen Stätten der Begegnung sein. Und darum freue ich mich, daß Sie hier sind."

Fritz Erler in Bayern - dieser eher norddeutsch-nüchtern wirkende Berliner, wie kommt er im Süden an? Die Freisinger behaupten, ihr

Marienplatz habe nur einmal mehr Menschen gesehen - und das nicht bei einer politischen Veranstaltung. Auf der Grenze zwischen Alt- und Neustadt muß die Kundgebung trotz des hellen Nachmittags noch in zwei Nebenräume übertragen werden. Ein Journalist führt Strichliste und registriert in 65 Minuten 38 mal Applaus. Als die Braunsteiner zwei Stunden später diesen Rekord offensichtlich überboten, vergisst er vor Staunen seine Stricke...

Hamburg hilft Passau

180 000 DM an Hochwasserspender kamen von Hamburg nach Passau.

Solidarität - kein leeres Wort

H.B.-er. - Vor einigen Tagen erhielt Passaus Oberbürgermeister Dr. Emil Brichta (CSU) einen Brief aus Hamburg, unterzeichnet vom Präsidenten des Senats der Freien und Hansestadt, Bürgermeister Professor Dr. Weichmann (SED), in dem es hieß:

"Die Nachrichten über die Flutschäden dieses Sommers, von denen weite Teile Deutschlands betroffen waren, haben den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg bewegt, seiner Dankbarkeit für die anlässlich der Flutkatastrophe im Februar 1962 aus aller Welt empfangenen Hilfeleistungen dadurch Ausdruck zu verleihen, daß er besonders schwer geschädigten Gebieten eine finanzielle Hilfe zuteil werden läßt.

Es ist mir eine Freude, Ihnen mitteilen zu können, daß der Senat beschlossen hat, Ihnen außer den bereits aus Sondermitteln der Arbeits- und Sozialbehörde zur Verfügung gestellten DM 5.000 als Beitrag zur Linderung der Not DM 100 000,- zukommen zu lassen."

Aber nicht nur die hamburgische Regierung, auch die Bevölkerung der Hansestadt, ganz besonders die vor drei Jahren so schwer geprüften Wilhelmshurger, haben sich der Not der Bürger von Passau, die 1962 3.000 DM für die Sturmflutopfer von Hamburg spendeten, erinnert: rund 80 000 DM zahlten die Hamburger auf die Hochwasser-Sonderkonten Passau ein. Das sind zwei Drittel aller Spenden, die in Passau eingegangen sind!

Und dazu sind jetzt die 100 000 DM aus der hamburgischen Staatskasse gekommen.

Die "Passauer Neue Presse", die größte Zeitung Niederbayerns, kommentierte die Solidaritätsaktion der Hamburger mit diesen Worten:

"Diese enorme Summe steigt noch in Wert, wenn man berücksichtigt, daß der norddeutsche Stadtstaat zu den kleinsten Bundesländern gehört, und daß Bonn und das Land Bayern zusammen als Soforthilfe keinen höheren Betrag aufgebracht haben. Die Hilfsbereitschaft der Hanseaten ist rührend und fast beschämend."

Dem ist nichts hinzuzufügen!